

Bürgermeister Dr. Storch begrüßt Herrn Patrik Habeth von der Firma Forplan und Herrn Jürgen Bensberg als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Eitorf.

Herr Habeth stellt anhand der in der **Anlage 1** beigefügten Präsentation die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes ausführlich vor.

Nach dem Vortrag ergibt sich eine Fragerunde.

Auf Frage von Herrn Kolf erklärt Herr Sterzenbach, dass die Baumaßnahme in Mühleip seinem Kenntnisstand nach planmäßig laufe. Wesentlicher Faktor sei der Verdichtungsgrad des Bodens. Dieser werde einerseits durch „Zeitablauf“ aber auch durch mechanische Einwirkung erreicht. Die erforderliche Standfestigkeit des Bodens müsse nachweislich erreicht werden.

Herr Liene bedankt sich für die authentischen Schilderungen. Er fragt nach Art und Größenordnung der „technischen Einsätze“ und ob andere Kommunen in diesem Zusammenhang die Wehren entlasten (z.B. Ölspur). Herr Bensberg verweist auf die Rechtslage in NRW. Die Feuerwehr sei immer erst im Wege der Erstalarmierung zu rufen. Gleichwohl könne man vor Ort den Straßenbaustraßenträger hinzubitten, um die Ölspur zu beseitigen. Gleichwohl bedinge dies wieder Wartezeiten.

Herr Liene fragt nach den Ursachen für die Verschlechterung der Ausrückzeiten und spricht die Personalsituation an. Außerdem sieht er mehr Möglichkeiten bei großen Firmen und Arbeitgebern, die im Rahmen des Verursacherprinzips stärker personell eingebunden werden müssten. Man müsse mit entsprechenden Konzepten an die Unternehmen herantreten.

Der Bürgermeister verweist kurz auf ein Gespräch mit einer großen Eitorfer Firma. Offensichtlich habe man die Problematik erkannt.

Herr Bensberg erklärt, dass drei Betriebe der Störfallverordnung unterliegen. ZF-Friedrichshafen unterliege der Aufsichtspflicht der Bezirksregierung, auch im Bereich des Baugenehmigungsverfahrens. Die Fa. Weco sei ein Störfallbetrieb mit Grundpflichten und erweiterten Pflichten in Bezug auf das Lager. Er bestätigt, dass die Ausrückzeiten tatsächlich schlechter werden und macht dies an praktischen Beispielen, wie z.B. das innerörtliche Verkehrsaufkommen, deutlich.

Auf Frage von Herrn Jüdes erklärt Herr Habeth, dass in Kapitel 5 des Plans auch der planmäßige Betrieb der Bahn als Risikobetrieb genannt sei.

Herr Meeser geht insbesondere auf die geringen Einflussmöglichkeiten des Rates ein. Im Grunde habe man kein Handlungsspielraum und müsse zustimmen. Es fehle ihm an Abwägungsmöglichkeiten.

Herr Habeth stellt klar, dass der Brandschutzbedarfsplan ein „Arbeitspapier“ mit entsprechenden Vorschlägen sei und der Handlungsplan vom Rat selber bestimmt würde.

Herr Meeser möchte wissen, wie denn die Ausstattung einer Feuerwehr in einer Gemeinde wie Eitorf aussehen müsse.

Am Beispiel des Standortes Mühleip und dessen verkehrlicher Anbindung schildert Herr Habeth kurz die sinnvolle und bedarfsgerechte Ausstattung in Bezug auf Technik und Personal.

Herr Bensberg geht auf die Personalsituation ein. Diese sei sehr abhängig von Schichtdienstlern. Es fehle insbesondere das Personal für den erforderlichen „ersten Abmarsch“. Man müsse intensiver in den Bereichen Verwaltung, Bauhof und Hausmeisterbereich tätig werden. Man sei in dieser Richtung auch aktiv. Erste Interessensbekundungen habe es gegeben. Schwierig gestalte sich dies aber hinsichtlich des langen Ausbildungszeitraumes von rund eineinhalb Jahren unter Einbeziehung von Wochenenden. Herr Bensberg geht auf die gem. BHKG bei ZF einzurichtende Betriebsfeuerwehr ein. Diese unterliege der Aufsichtspflicht der Kommune. Die Feuerwehr habe angeboten, die für die Betriebsfeuerwehr infrage kommenden Personen kurzfristig auszubilden. Dies erfolge dann nicht über den genannten Zeitraum von eineinhalb Jahren, sondern in gut einem Monat in Vollzeit. Das Werk sei dazu bereit. In dem Zusammenhang sei zu überlegen, interessierte Mitarbeiter der Gemeinde Eitorf mit in diese Ausbildung

einzu beziehen. Er sei zuversichtlich, dass die Situation so sehr schnell zum Positiven verändert werden könne.

Frau Zorlu regt an, derartige Konzepte auch interkommunal zu verfolgen. Außerdem möchte sie wissen, wie ein möglicher Notdienst Ordnungsamt aussehen könnte und ob es ein Konzept gebe.

Der Bürgermeister stellt klar, dass ein Konzept noch nicht vorliege, es gleichwohl gebe es aber konkrete Überlegungen hierzu gebe. Man versuche, dies im Laufe des Jahres umzusetzen.

Herr A. Finke hält es für wichtig, im entsprechenden Ausschuss auch über personelle Konzepte zu reden. So gehe es um eine Anreizstruktur in Bezug auf Freistellung, finanzielle oder arbeitszeitliche Anreize bei Neueinstellungen. Eine Zielvorstellung wäre wünschenswert, ggf. unter Berücksichtigung eines Vergleiches mit anderen Kommunen, die Mitarbeiter in der Feuerwehr haben. Er begrüße alle Ideen, die weiterhelfen, z.B. den Vorschlag der Kinderfeuerwehr.

Auf Frage von Herrn Liene, wie sich die Situation bei den anderen Großunternehmen in Eitorf darstelle, stellt Herr Bensberg klar, dass von ihm geschilderte „Ist-Situation“ behördlich für den genannten Betrieb ZF gefordert sei, dies bei den anderen Betrieben aber nicht so sei. Zudem müsse man sehen, wie sich das jetzige Vorhaben in der Praxis darstelle. Herr Liene regt an, ggf. im Frühjahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Herr Sterzenbach verweist unter Hinweis auf nähere Einzelheiten in dem Zusammenhang auf den Bestandteil des Beschlussvorschlages, ohnehin regelmäßig zu berichten.

Auf Frage von Frau Sauer erklärt Herr Bensberg, dass sich aufgrund der Kampagne für den Standort Mühleip bereits einige Interessenten gemeldet hätten, auch mit geeignetem Alter und Ausbildungsstand. Es gebe zwar noch viel zu tun, er sei aber zuversichtlich.

Herr Meeser fragt, ob das Controlling extern vergeben werden müsse.

Herr Bensberg macht deutlich, dass man ein Controlling sicher selber machen könne, gleichwohl favorisiere er aus Objektivitätsgründen eine externe Sichtweise. Wer gutachtlich Stellung nehme, sei dazu in der Haftung.

Herr Sterzenbach verweist auf den vergleichsweise geringen Haushaltsansatz von 1.000 Euro pro Jahr, insbesondere im Verhältnis zum Kostenvolumen insgesamt einerseits, aber auch die Einsparungen mit einer Freiwilligen Feuerwehr gegenüber einer Berufsfeuerwehr. Zudem würde dies für Herrn Bensberg einen sehr hohen Arbeitsaufwand bedeuten. Außerdem habe der „Blick von außen“ schon deswegen Vorteile, weil erfahrene Unternehmen über breite und genaue Vergleichsdaten verfügen. Die Verwaltung halte das Vorgehen daher für wirtschaftlich und angemessen.

Der Bürgermeister kommt schließlich zur Abstimmung des Beschlussvorschlages. Die Vorschläge von Herrn A. Finke seien unter dem zweiten Absatz der Beschlussempfehlung zu subsumieren, insbesondere unter der Umsetzung des Sollkonzeptes.

Herr A. Finke kann dies mittragen, macht aber nochmal die ihm wichtigen Punkte deutlich und nennt die Begriffe Personalkonzept, Anreize, Aktivitäten, Zielsetzungen, Controlling, Benchmark, Umgang mit Unternehmen, Freistellung in Verwaltung, Personalauswahl, Abfrage nach feuerwehrtechnischer Ausbildung etc..